Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 25 Pfg., bei lokalen Anzeigen 20 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westf. Nr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 170 — **Donnerstag, den 24. Juli 1919** — **47. Jahrgang**

Das Programm für Deutschlands Politik.

(Sitzung der Nationalversammlung vom 23. Juli.)

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.25 Uhr. Einziger Gegenstand der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Ministerpräsident Bauer:

Meine Damen und Herren! Sie haben vor 14 Tagen unter dem Zwange der Weltlage den Friedensvertrag ratifiziert. Damit ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfaßte. Der bitterernste Augenblick muß uns Veranlassung geben, die Bilanz unserer Lage zu ziehen, mehr aber noch die zukünftige Marschroute zu bestimmen, die für die deutsche Republik sich ergibt. Ich lasse daher die Vergangenheit, lasse die Abrechnung über die Schuld dafür, daß alles so gekommen ist, und lasse die unveränderlichen Proteste gegen die Vergewaltigung beiseite. Denn nun gilt es, nach vorn zu sehen und Blick und Schritt vorwärts zu richten. Arbeit an der Erfüllung des Vertrages und Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Volkes, unserer zertrümmerten Wirtschaft, unseres schwergefährdeten sittlichen Bewußtseins, muß geleistet werden. Für das deutsche Volk gäbe es keine Entschuldigung und keine Ausflüchte, wenn es dieser Arbeit nicht gerecht würde. Die Revolution hat uns freie Bahn geschaffen, aber es war die freie Bahn, wie sie die Vernichtung auf einem Schlachtfelde schafft. Acht Monate sind seither ins Land gegangen, größtenteils den Aufräumungsarbeiten gewidmet, aber auch dem Ausbau des neuen Staatshauses, das Sie in diesen Tagen durch die Annahme der neuen Verfassung krönen werden. Damit ist die demokratische Republik unter Dach und Fach, damit hat die Deutsche Nationalversammlung den ersten großen Teil ihrer Aufgaben gelöst. Es verdient festgehalten zu werden, daß die Herren der äußersten Rechten gerade diesen Augenblick, der das Hohenzollernsche Kaiserreich auf Nimmerwiedersehen zu den Akten legt, dazu benutzt haben, die Wiederherstellung der Monarchie der Hohenzollern als ihren ersten Programmpunkt zu erklären. Daß sie die Revolutionsregierung für diesen Frieden verantwortlich machen, nachdem das Kaisertum in unseliger Machtverblendung den Krieg und damit von vornherein den Frieden verloren hatte, daß sie der heutigen parlamentarischen Regierung den Kampf ansagen bis aufs Messer, all das ist uns nichts Neues. Wir sind zum Kampf gerüstet, auch zum Kampf gegen Geschichtsfälschung. Die Geschichte selbst hat in den Novembertagen gerichtet. Aber die Herren von der Rechten verkennen auch heute wieder die Zeichen der Zeit, wie sie sie 70 Jahre lang verkannt haben. Die Stunde ist für immer verpaßt; die Demokratie selbst erhebt sich heute und leuchtet über der neuen Republik. Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten 8 Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das eine oder das andere zu tun oder zu bessern. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Erkenntnis an das ganze Volk verteilen. Das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt. Mit Gewaltsamkeiten ist keine Entwicklung zu fördern. Jedes Handwerk setzt seine Lehrzeit voraus und das Regieren erst recht. Die Herren Unabhängigen sind es, die, trotzdem sie eine Minderheit darstellen, die „Diktatur des Proletariats" als die politische Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen. Was die Unabhängigen wollen, würde nicht einmal eine Klassenherrschaft, sondern die Zwangsherrschaft eines Teiles einer Klasse. Aber mit der übergroßen Mehrheit des Volkes lehnen wir jede Diktatur als ein brutales, geistloses und unzweckmäßiges Mittel auf das Entschiedenste ab. Ich bin mit dem Sozialisierungsminister Deutsch-Oesterreichs, Otto Bauer, einig in der Ueberzeugung, die Bauer folgendermaßen formuliert hat:

„Die politische Revolution war das Werk der Gewalt; die soziale Revolution kann nur das Werk aufbauender organisierender Arbeit sein. Die politische Revolution war das Werk weniger Stunden, die soziale Revolution wird das Ergebnis kühner, aber auch besonnener Arbeit vieler Jahre sein."

Wenn Sie den Beweis dafür haben wollen, so sehen Sie doch nach Rußland, das genau, wie es einst in der zaristischen Sünden Ketzerfülle das Vorbild unserer Reaktion gewesen ist, heute als das gelobte Land unserer Allerradikalsten gilt. Dort hat eine Diktatur von heute auf morgen „sozialisiert", d. h. den Arbeitern den Betrieb unterm Hammer und direktorenrein in die Hand gegeben. Und was war die Folge? Schon seit Monaten sind Unternehmer und Direktoren wieder zurückgeholt worden, mit Riesengehältern und mit den alten Vollmachten, genau so, wie die Offiziere des Zaren in die „Rote Armee" zurückgeholt worden sind, zusammen mit der Kommandogewalt und der blinden Disziplin. Eine Revolution der Experimente, dazu der mißglückten Experimente, das mache ich nicht mit! Auf der anderen Seite sind wir auch nicht ängstlich vor jedem Wagnis. Wer aber überschnell ein Tempo beschleunigt, ist kein Bahnbrecher der Revolution, sondern ein Schrittmacher der Reaktion.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den wilden Streiks, die seit Wochen rings um uns aufschießen, abflauen und plötzlich wieder losbrechen. Die Parteileitung der unabhängigen Sozialdemokratie hat in einem Aufruf an das arbeitende Volk Deutschlands erklärt: „Der Wahnglaube, durch Putsche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein für allemal abgetan." Wir wollen gern glauben, daß dies die Ansicht der offiziellen Parteileitung ist und daß der Passus mehr ist als eine Salvierung, für den Fall, daß dennoch Putsche kommen. Aber der Zweifel ist zum mindesten erlaubt, ob diese Ansicht der Parteileitung für die Gesamtpartei verbindlich ist. Was sind denn diese Streiks anders als unblutige Putsche, die der Mehrheit der Bevölkerung und gerade dem arbeitenden Volk durch ihre Störung der Nahrungsmittelversorgung mehr unblutige Wunden schlagen und mehr Schaden zufügen, als je ein Straßenkampf. Nun haben alle die Berufskategorien, die in den letzten Wochen durch Streiks die wirtschaftliche Existenz der Republik in Frage gestellt haben, empört jede Behauptung zurückgewiesen, als handele es sich bei ihnen um politische Kämpfe. Es ist selbstverständlich und eine Regierung, die in ihrer großen Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, wird es am allerwenigsten leugnen, die breiten Volksmassen haben Grund zur Unzufriedenheit. Auf der einen Seite Genußsucht und zügellose Verschwendung, ein Prassen dank einem schamlos verteuerten Schleichhandel auf Kosten der Allgemeinheit, Kapitalflucht und Verschiebung von Vermögenswerten. Auf der andere Seite, trotz aller Erhöhungen immer noch Löhne, die kaum zum Bezug der rationierten ganz gewiß aber nicht zur Bezahlung von unrationierten Lebensmitteln ausreichen. So stellt sich weiten Arbeiterkreisen heute die Lage dar und nun greifen sie zu dem einzigen Mittel, das nicht bessern, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik! Auf wessen Anraten? Die akademische Anerkennung von der Torheit der Putschtaktik nützt gar nichts. Hier sind ja Putsche, hier werden ja Putsche veranlaßt. Nicht am Maschinengewehr erkennt man den Putsch, sondern an seiner Gefahr für das allgemeine Volksleben, an seinem Willen, gewaltsam eine Umgestaltung herbei zu führen. Solange die Herren Unabhängigen nicht den Mut aufbringen, offen und gerade dagegen Front zu machen, müssen sie sich den Vorwurf der Zweideutigkeit gefallen lassen. Nein, die Unabhängigen schweigen und die Kommunisten rufen zum letzten unerbittlichen Kampf. Eine Regierung, die diesen Namen verdient, muß handeln. Ihre Aufgabe ist es nicht, vor jedem leichtfertig vom Zaune gebrochenen Streik zu kapitulieren. Aber es ist ihre Aufgabe, berechtigte Gründe zur Unzufriedenheit zu beseitigen und ihre Volksgenossen darüber aufzuklären, was heute durch keine Macht zu ändern, was als unselige Erbschaft des Krieges gemeinsam getragen und abgetragen werden muß.

Was sich im neuen Deutschland am gründlichsten geändert hat, das sind die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben. Auf der einen Seite außerordentliche Entwertung des Kapitals, auf der anderen außerordentliche Steigerung der Löhne. Das hat von Grund auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgestaltet. Der Anteil, den der eine und der andere aus der gemeinsamen Arbeit zieht, bedeutet keinen Alleinbesitz und kein alleiniges Bestimmungsrecht des Unternehmers mehr. Die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Rechtlosigkeit gehört der Geschichte an. Diese Umschichtung im Einfluß auf den Wirtschaftsprozeß muß ihren Ausdruck auch in unseren öffentlichen Einrichtungen finden. Darum wird Ihnen die Reichsregierung ein Gesetz über Arbeiterräte und Wirtschaftsräte vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung, lediglich als Arbeitskraft, heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß macht. Nicht allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleihen im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke eines Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig überwindet. Es beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht. Es setzt über das Privatinteresse das Allgemeininteresse, es beendet ein für allemal das Zeitalter der „lebendigen Maschine" und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesitzer.

Während die Reichsregierung so generell das Machtverhältnis innerhalb des Wirtschaftslebens auf neue Grundlagen stellt, geht sie in besonderen dazu geeigneten Fällen weiter. Sie zieht aus dem Arbeitsprogramm des Kabinetts Scheidemann, das von ihr übernommen wurde, die Konsequenzen, indem sie diesem hohen Hause in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf vorlegen wird, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsleitungen (über 5000 Volt) in den Besitz des sie nicht bereits kommunalisiert oder im Besitz der Freistaaten sind sowie die Hochspannungsleitungen (über 5000 Volt) in den Besitz des Reiches übergeführt werden. Ein weiteres Gesetz, das die Braunkohlenerzeugung sozialisieren soll, hoffen wir binnen, kurzem zur Vorlage reif zu machen. Damit werden zwei Wirtschaftsgebiete von kaum zu unterschätzender Bedeutung in den Allgemeinbesitz überführt. Was es bedeutet, wenn die Gesamtheit die Kraftquellen in der Hand hält, ohne die fast kein Betrieb zu leben vermag, brauche ich nicht aufzuführen. Aber auf eines darf ich hinweisen: Der Herr Reichsfinanzminister hat Ihnen seine Pläne mitgeteilt. Das Reichsnotopfer und die Umsatzsteuer sind bereits dem Staatsausschuß zugegangen. Der Entwurf einer Reichsabgabenordnung folgt dieser Tage. Gekrönt werden soll diese neue von sozialer Gerechtigkeit getragene Steuergesetzgebung durch eine Reichseinkommensteuer, die durch das ganze Reich gleichmäßig veranlagt werden soll, und die ihrerseits wiederum notwendigerweise zur Schaffung einer Reichssteuerverwaltung führen wird. Damit ruht die Finanzgesetzgebung im weitesten Umfange in den Händen des Reiches. Die Verfassung schafft die Reichseisenbahnen. Die Sozialisierung von Elektrizität und Braunkohlen, der bald der übrige Bergbau folgen soll, macht das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens. Mit diesen drei Machtmitteln ist im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben die Form und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und möglich hält. Nach den politischen werden wir auch die wirtschaftlichen Schicksalsbestimmungen in die Hand des Volkes selbst legen.

Zum Unterschied zu den falschen Propheten wissen wir und sagen wir, daß diese Umgestaltung ohne Zerstörung auf absehbare Zeit nicht einen Hungrigen satt, nicht einen Armen wohlhabend, nicht einen Arbeiter reicher machen wird. Auch dann nicht, wenn wir die Lasten des Friedensvertrages nicht auf dem Buckel hätten. Für die Gegenwart aber können wir die Bedürfnisse unseres Volkes und wollen nach Kräften auch ihnen genügen.

Meine Damen und Herren, ein Wort zu der vielberedeten Planwirtschaft. Das Kabinett hat diese Zwangskartellierung aller Zweige der Wirtschaft abgelehnt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts vor allem, weil sie in der Planwirtschaft die ernsteste Gefahr für die völlige Durchführung des Sozialismus sehen. Die Regierung will die Zwangsjacke der Kriegsgesellschaften nicht gegen eine neue, für den Frieden zugeschnittene vertauschen. Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegten Schaffung von Betriebsräten und von Bezirkswirtschaftsräten, die in einem Reichswirtschaftsrat ihre Spitze finden sollen, entschlossen. Das Gesetz über die Betriebsräte wird Ihnen in diesen Tagen, der zweite Teil über Bezirkswirtschaftsräte im Herbst zugehen. In diesen Organisationen sieht die Regierung die aus dem werktätigen Volk herauswachsenden Instanzen, die Vorbereiter und später Träger der Sozialisierung sein sollen. In ihnen werden Organe geschaffen, die den Arbeitnehmer als Mitarbeiter und Mitbesitzer neben den Arbeitgeber setzen werden. Die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der Erhaltung der Reichseinheit wegen unterzeichnet. Diese wäre aber — das wird mir dieses hohe Haus bestätigen — auf das Ernsteste gefährdet, wenn wiederum von Berlin aus zentralistisch und behördlich das ganze Wirtschaftsleben gegängelt würde. Der stärkste Grund aber gegen eine Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens nach einem Schema ist der, daß die Bedürfnisse der einzelnen Industrien völlig verschieden sind, daß die Krankheitserscheinungen der einzelnen Wirtschaftszweige nicht mit ein und derselben Medizin geheilt werden können. All diese Ueberlegungen haben uns zu dem Entschluß gebracht, alten Zwang zu brechen und neuen Zwang nicht einzuführen. Wir werden daher entschlossen an dem Abbau der Reste der Kriegswirtschaft gehen; die Kriegsgesellschaften sind aus der Not der Blockade geboren, die Aufhebung der Blockade muß ihr Ende herbeiführen! Für unsere künftige Wirtschaftspolitik werden drei Gebote richtunggebend sein. 1. Sozialisierung, soweit als möglich und keinerlei neue Erschwerungen für die künftige durchgehende Sozialisierung, 2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung, 3. Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte und überhaupt jeder Einfuhr, die unseren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde. In den Grenzen dieser drei Gebote aber, Freiheit der Wirtschaft, Heranziehung jeder Initiative und jeden Kredits, Dezentralisation der Mitarbeit an der Aufforstung unseres wirtschaftlichen Lebens.

An der Spitze aller Bemühungen, die Volkslage zu bessern, muß natürlich die Ernährungsfrage stehen. Die Reichsregierung hat bereits 1½ Milliarden ausgeworfen, um eine Verbilligung der ausländischen Lebensmittel herbeizuführen. Das Ende der Blockade muß von ihr mit aller Energie dazu ausgenutzt werden, um weitere Verbilligungen zu erzielen. Auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und der Volksversorgung werden wir einstweilen nicht verzichten können, aber bei dem allgemeinen Abbau der Kriegsgesellschaften soll einzig und allein darauf Bedacht gelegt werden, daß auf allen Gebieten der freie Handel nicht wieder zu verantwortungslosem Handel mit den Interessen der Allgemeinheit werde. Danach wird erst die Bewirtschaftung der Textilien umgestaltet werden. Das Kabinett hat beschlossen, die aus der Kriegswirtschaft noch vorhandenen fertigen Stoffe unverzüglich und binnen kürzester Frist der Bevölkerung zuzuführen und dabei die minderbemittelten Kreise in erster Linie zu berücksichtigen. In gleicher Weise werden die noch vorhandenen nicht unerheblichen Vorräte an Wolle sofort der Weiterbearbeitung zugeführt. Ein weiterer Schritt auf dem Wege, die aus den Kriegsverhältnissen hervorgegangenen Zentralisationen zu beseitigen, ist die Aufhebung der Devisenordnung. Wenn sie jetzt fällt, so verschwindet gleichzeitig ein Stück Kriegskorruption, das sich in unseren Handelskreisen in bedenklicher Weise eingefressen hatte. Die Aufhebung setzt voraus eine Ergänzung der Vorschriften zur Abwanderung des Kapitals nach dem Ausland. Sie bringt andererseits eine wesentliche Erleichterung des Postverkehrs. Notwendig natürlich und nicht zu entbehren ist bei all diesen Erleichterungen die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr. Wenn dadurch die leidigen Höchstpreis-Festsetzungen überflüssig würden, so würde das der Todesstoß für den Schleichhandel, den wir nicht in die Friedenszeit mit hinüberschleppen dürfen.

Meine Damen und Herren! Der wirtschaftlich Schwache bedarf heute mehr denn je der staatlichen Unterstützung. Sie sehen, an seinen Bedürfnissen nehmen wir das Maß für unsere wirtschaftspolitischen Schritte. Daran wollen wir weiterbauen. Zahlreiche Grundstücke, die sich im Besitze des Reiches befinden und nicht mehr ihren ursprünglichen meist militärischen Zwecken dienen, sollen für die Zwecke der Ansiedlung weit unter dem heutigen Tagwert abgegeben werden. Trotz der furchtbaren Finanzlage des Reiches glauben wir, dieses Opfer bringen zu müssen. Da es nicht möglich ist, allen berechtigten Ansprüchen mit ständigen Lohnsteigerungen zu folgen, muß der organische Weg beschritten werden, die Lebensverhältnisse mit den Löhnen und Gehältern in Einklang zu bringen. Die ständigen Lohnforderungen sind das schlechteste Mittel, um die Verhältnisse zu bessern. Neben den Löhnen klettern die Preise in gleichem Tempo und sinkt die Kaufkraft des im Uebermaß gedruckten Papiergeldes. Das Ende dieser Entwickelung wäre eine Assignatenwirtschaft mit nachfolgendem Bankerott. Es muß eine Senkung der Preise eintreten, und dies erhoffen wir von unserem Wirtschaftsprogramm. Mit diesen Ueberlegungen wollen wir uns keineswegs unabweisbaren Aufbesserungsforderungen entziehen. Nur müssen alle Wünsche ihre Grenzen finden in der Leistungsfähigkeit des Betriebes! Das gilt hauptsächlich auch für die Arbeiter und Angestellten in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben! Bei ihnen muß das Bewußtsein lebendig sein, daß diese Betriebe dem ganzen Volke, also auch ihnen gehören.

Für das gesamte arbeitende Volk gilt es, die Sozialpolitik nach Kräften weiter auszubauen. Die vom Reichsarbeitsministerium bereits angekündigte Novelle zur Reichsversicherungsordnung, die eine Erhöhung der Invaliden-, Alters- und Kinderrenten bringt, wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Die große Reform der Reichsversicherungsordnung soll in allernächster Zeit in Angriff genommen werden. Die moderne Umgestaltung und Vereinheitlichung des gesamten Arbeiterrechts schreitet schnell vorwärts. Ob freilich allen Wünschen bei der jämmerlichen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden kann, ist eine schwer zu beantwortende Frage.

Besondere Verantwortung empfindet die Regierung für die wirtschaftlich Schwachen in der Beamtenschaft. Wir sind von der Erkenntnis durchdrungen, ihren Ansprüchen durch ein neues Beamtenbesoldungsgesetz, das sofort in Angriff genommen werden soll, Rechnung tragen müssen. Ob nochmals, wie es die Beamten verlangen, eine einmalige Teuerungszulage gewährt werden kann, soll gemeinsam mit den Regierungen der Freistaaten und den Beamtenorganisationen wohlwollend geprüft werden.

2500 Milliarden Mark.

wird der Friede von Versailles dem deutschen Volke kosten.

Noch niemals ist eine Schrift mit einem so zielbewußten Vernichtungswillen verfaßt worden wie das Buch über die Friedensbedingungen der feindlichen Staaten, das in amtlicher deutscher Uebersetzung 256 Druckseiten füllt. Nachdem der deutsche Militarismus erschlagen und das deutsche Volk, das der Friedensbotschaft Wilsons im blinden Vertrauen gefolgt ist, sich wehrlos gemacht hat, haben sich alle Feinde Deutschlands vereinigt und einen Frieden diktiert, der das unerhörteste und ungeheuerlichste ist, was man dem einst mächtigsten Reiche der Welt und seiner friedliebenden Bevölkerung zu bieten vermag, seine Kraft zu brechen, seinen Besitz zu vernichten und seine Arbeiterschaft zu Lohnsklaven des internationalen Kapitals zu machen. Die Friedensbedingungen werden die Feinde in die Lage versetzen, die Erdrosselung Deutschlands mit den Mitteln der sogenannten Kontrolle fortzusetzen. Deutschland soll nicht nur wichtige Provinzen abtreten, nicht nur eine vorläufig mit 100 Milliarden Mark Gold bemessene Kriegsentschädigung zahlen, nicht nur für allezeit wehrlos zur Verfügung der Feinde bleiben, sondern, damit es sich unter keinen Umständen wieder aufrichten kann, in Gesetzgebung und Verwaltung von den Feinden beherrscht werden. Zu diesem Zweck wollen sie einen sogenannten Wiederherstellungsausschuß einsetzen, und beanspruchen für ihn erstaunliche Rechte und Befugnisse. In der Hauptsache soll dieser Ausschuß die deutsche Finanzverwaltung kontrollieren, damit aus Deutschland eine möglichst hohe Kriegsentschädigung herausgezogen werden kann. Da der Ausschuß aber auch ermächtigt ist, neue Steuern einzuführen, so besäße er tatsächlich die Finanzhoheit und könnte Gesetzgebung und Verwaltung nach seinem Gutdünken leiten. Wer hätte es für möglich gehalten, daß die vielgerühmten großen Demokratien sich so rücksichtslos über die Volksvertretung eines Volkes hinwegsetzen würden, dem sie volle Freiheit versprachen, sowie es selbst den Militarismus abschaffe?

Da es nicht leicht ist, sich in den umständlichen und juristisch verklausulierten Friedensvorschlägen der Feinde zurecht zu finden, hat Paul Dehn in einer kleinen Schrift: „Was kostet uns der Friede von Versailles? 2500 Milliarden!" (München, J. F. Lehmann's Verlag, Preis Mk. 2,50) die feindlichen Friedensbedingungen knapp zusammengefaßt und erläutert und den Versuch gemacht, ziffernmäßig die Kosten und Lasten zu berechnen, die dem deutschen Reich und Volk aus dem Versailler Frieden entstehen würden. Nach dieser Schrift sind zu berechnen: (die von den Feinden geforderte vorläufige Kriegsentschädigung mit 100 Milliarden Goldmark = 325 Milliarden Mark in Papier) die Kosten der Besetzung des linken Rheinufers mit 60 Milliarden, die Schäden der Blockade nach dem Waffenstillstand 13 Milliarden, ferner die Abtretung der deutschen Kolonien und Elsaß-Lothringens (nach englischen Berechnungen) mit 300 Milliarden Goldmark = 975 Milliarden Mark in Papier, die Abtretung Posens, Westpreußens, Oberschlesiens und kleinerer Bezirke an Belgien, Dänemark und Tschechien mindestens mit demselben Betrag. Dazu käme noch die Auslieferung aller militärischen Vorräte der Land-, See- und Luftstreitkräfte in Höhe von Milliarden und die Verluste infolge der Nichtheranziehung der abgetretenen Provinzen und Bezirke zur Uebernahme eines entsprechenden Teiles der deutschen Kriegsschuld und Kriegsentschädigung, endlich die Verluste an den verschleuderten Auslandswerten, infolge der Internationalisierung der deutschen Ströme, Eisenbahnen und Häfen usw. Diese und andere Verluste lassen sich vorläufig noch nicht beziffern. Um Deutschland niemals in Ruhe kommen zu lassen, behalten sich die Feinde vor, ihre Entschädigungsforderung von 100 Milliarden Goldmark noch zu erhöhen, nach den Andeutungen leitender Minister um weitere 100 bis 200 Milliarden Goldmark. An der ungeheuerlichen Schuldlast von 2500 Milliarden Mark, einer Summe, die das derzeitige eigene Nationalvermögen weit überschreitet, wird Deutschland in den nächsten Menschenaltern schleppen müssen.

Die feindlichen Friedensbedingungen werden Deutschland auf unabsehbare Zeit unter härtestem Druck halten. Zahlreiche Bestimmungen sind einfach unerfüllbar und von den Feinden mit voller Absicht so gefaßt worden, damit sie Gelegenheit erhalten, jederzeit wieder mit Waffengewalt einzugreifen, um Deutschland bis zur völligen Vernichtung ausbeuten zu können.

Zusammenschluss der Industrie.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände teilt mit: Bekanntlich ist die deutsche Industrie zur Gesamtvertretung ihrer Aufgaben in zwei großen deutschen Zentralorganisationen zusammengeschlossen: im Reichsverband der deutschen Industrie zur Vertretung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen und in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zur Erledigung der sozialen und sozialpolitischen Aufgaben. Die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" hat nun in diesen Tagen eine weitere erhebliche Stärkung dadurch erfahren, daß sich ihr auch der Deutsche Industrie-Schutzverband angeschlossen hat. Der Deutsche Industrie-Schutzverband, der die Streikversicherung zu seinem besonderen Tätigkeitsgebiete gemacht hat, wird hiernach diese Aufgabe im Rahmen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände weitestgehend ausüben und durch diese nunmehr geschaffene breitere Grundlage seiner wichtigen Aufgabe, die durch Arbeitsniederlegungen entstehenden Schäden der Arbeitgeber zu mildern, in noch höherem Maße gerecht zu werden in der Lage sein. Die gesamte deutsche Arbeitgeberbewegung ist aber zugleich damit nunmehr völlig vereinheitlicht worden, sodaß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände tatsächlich die alleinige zentrale Vertretung der gesamten deutschen Arbeitgeberverbände darstellt. Bei der Bedeutung, die den Arbeitgeberverbänden im öffentlichen Leben zukommt, ist die oben erwähnte Stärkung des zentralen Zusammenschlusses zweifellos auch vom politischen Interesse.

Die Vorgerichtsstellung des Exkaisers.

Der Londoner Korrespondenz des Nieuwen Courant erfährt von maßgebender Seite, daß die Lage in der Kaiserfrage jetzt folgendermaßen ist. Daß sie den Prozeß nicht mehr fauen lassen können, weil er einen Bestandteil des Friedensvertrages bildet, den sie unterzeichneten und zu dessen Durchführung sie verpflichtet sind. Es ist deshalb nutzlos, darüber zu debattieren, ob es richtig oder falsch wäre, diese Bedingungen in den Vertrag aufzunehmen. Es wird von Tag zu Tag wahrscheinlicher, daß der Prozeß nicht in London stattfindet. Man hofft, daß die Opposition größtenteils es verhindern wird, sobald dieser Beschluß mitgeteilt werden wird. Holland wird nicht ersucht den Kaiser auszuliefern, sondern die Alliierten werden die holländische Regierung um Uebergabe bitten. Sie sind der Ansicht, daß Holland dann die Bedenken gegen die Auslieferung fallen läßt.

Im englischen Unterhause wurde bei den Debatten über die verschiedenen Teile des Friedensvertrages auch die Vorgerichtstellung des Kaisers in London besprochen. Man ist vollständig mit der Auffassung einverstanden, daß der Exkaiser vor Gericht gestellt werden müsse, aber man hält ihn einer Aburteilung in London nicht wert. Macleam sagte, er sei der Meinung, daß die Vorgerichtziehung in einem oder dem anderen neutralen Lande stattfinden müße, das verhältnismäßig unbekannt sei.

Ueber die Verantwortung des ehemaligen deutschen Kaisers wird jetzt wohl das letzte Wort gesprochen werden. Auf eine Intervention der monarchischen Staatsoberhäupter der Entente, die nach der genauen Bekanntschaft derselben mit Wilhelm II. eigentlich selbstverständlich war, hat man bis zur Stunde in der Oeffentlichkeit vergeblich gewartet

Weitere Nachrichten.

— **(Belgischer Widerstand gegen deutsche Zivilarbeiter.)** Wie zu erwarten war, ist in Belgien eine heftige Strömung im Gange gegen die Absicht der Regierung, deutsche Arbeiter statt Kriegsgefangene beim Wiederaufbau der zerstörten belgischen Gebiete zu verwenden. Der Hauptwiderstand geht von den Bauarbeitern aus, die in den Versammlungen beschlossen haben, die deutschen Arbeiter zu den Arbeitsstätten nicht zuzulassen. An die Regierung wurde eine heftige Protestkundgebung gerichtet.

— **Die traurigen Folgen des Kohlenmangels** machen sich bereits bemerkbar. Die große Akt.-Ges. von Julius Pintsch in Berlin ist gezwungen, den Betrieb wegen Kohlen- und Blechmangels einzustellen. Einzelne Abteilungen wurden vollständig stillgelegt. 150 Beamte wurden entlassen. Die betreffenden Abteilungen werden liquidiert werden. Schuld daran waren die Streiks auf den Zechen und auf den Eisenbahnen. Die Eisenhütten haben keinen Koks. Sie können infolgedessen keine Bleche herstellen. Bei den Firmen Borsig und Schwartzkopff liegen die Verhältnisse ähnlich. Hier sind es wieder Arbeiterschwierigkeiten, die den Betrieb bedrohen.

Wien steht vor einer völligen Kohlenkatastrophe. Die Elektrizitätsversorgung wird, wenn nicht schleunige Hilfe eintritt, in diesen Tagen vollständig eingestellt werden müssen. Die Kohlenzufuhren aus der Tschecho-Slowakei, aus Deutschland und aus Polen sind ausgeblieben. Oesterreich selbst verfügt nur über eine äußerst geringe Steinkohlenproduktion.

— **(Der Offizier als Wachtmeister.)** Die Angehörigen der preußischen Landgendarmerie sind den Militärstrafgesetzen, der Militärstrafgerichtsbarkeit und den militärischen Disziplinarvorschriften nicht mehr unterstellt. Sie sind im unmittelbaren Staatsdienst stehende Beamte. Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums mit Zustimmung des Ministers des Innern ist damit das Vorgesetztenverhältnis der Gendarmerieoffiziere und Gendarmen gegenüber Militärpersonen sowie der Offiziere der deutschen Armee und der Marine gegenüber den Gendarmen aufgehoben. Offizieren, die aus den Unteroffizieren des Friedensstandes hervorgegangen sind, ist der Eintritt in die preußische Landgendarmerie zur Uebernahme einer Gendarmenstelle gestattet. Sie dürfen aber aus dem militärischen Rang als Offizier keinerlei Sonderansprüche für ihre Stellung bei der Gendarmerie herleiten und müssen ihre Gleichstellung mit den Gendarmeriewachtmeistern in dienstlicher, disziplinarer und rangmäßiger Hinsicht anerkennen.

— **Deutsche Denkmäler der Ostmark** werden, um vor Entweihung durch ungezügelte Volksleidenschaft geschützt zu werden, abgebrochen und nach Deutschland geschafft. Das Standbild Friedrichs der Großen auf dem Friedrichsplatz in Bromberg ist bereits vom Postament entfernt. Es wird nach Schneidemühl geschafft und dort aufgestellt. Auch das Standbild Kaiser Wilhelms I. auf dem Wettrennplatz in Bromberg wird in den nächsten Tagen entfernt. Seine künftige Unterbringung ist noch unbekannt. In Thorn plant man, das Kaiser-Wilhelmdenkmal vom Rotlausmarkt in feierlichem Zuge aus der Stadt herauszuführen und die deutsche Regierung zu bitten, seine Unterbringung auf dem Kyffhäuser zu gestatten. Auch die Plaketten der Bismarcksäule und die Herrschergnuren der Weichselbrücke sollen fortgeschafft werden.

— **Die Todesstrafe** soll, wie mitgeteilt, nach dem Beschluß der Nationalversammlung in Weimar im deutschen Reich beibehalten werden. Die einzige Großmacht, welche die Todesstrafe ausgeschlossen hat, ist Italien, so daß auch der Attentäter, der im Sommer 1900 den König Humbert in Monza erschoß, nur zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden konnte. Ebenso haben der Schweizer Kanton Genf und Norwegen die Todesstrafe ausgeschlossen. Im ersteren erhielt der Mörder der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich deshalb nur Lebenslänglich. In Frankreich waren in den letzten Jahren vor dem Kriege eine große Anzahl von Guillotinierungen erfolgt, nachdem längere Zeit keine Hinrichtung stattgefunden hatte. England vollstreckt die Todesurteile noch mit dem Strang, ebenso Rußland und die Türkei, doch kommen auch Hinrichtungen durch Erschießen dort vor. Vorwiegend ist das Beil oder Fallbeil (Guillotine) im Gebrauch. Spanien hat noch die schreckliche Garotte, das Würgeeisen.

Plünderer vor dem Kriegsgericht.

Dortmund, 24. Juli. Das außerordentliche Kriegsgericht setzte die Verhandlungen gegen die Kleinplünderer beim Krawalle am 2. Juli fort. Der in Wickede-Asseln wohnende Arbeiter Karl Krause hätte besser getan, zu Hause zu bleiben. Auf das Gerücht hin, es sei in Dortmund etwas los, begab er sich in die Brückstraße, wo die Polizei gerade die Straße säuberte. „Aus dem Geschäft Lion," so sagt der Angeklagte, „kam ein Kasten mit Schlipsen geflogen, der uns vor die Füße flog." Krause nahm die Schachtel auf. Er entschuldigte sich damit, daß die Polizei der Menge zugerufen habe: „Tretet die Sachen nicht kaputt, nehmt sie lieber mit nach Hause." Das Gericht konnte diesen Angaben nicht folgen und verurteilte Krause zu 8 Monaten Gefängnis. — Der Buchdrucker, jetzige Lagerist Wilhelm Grebe war mit dem Fuhrmann Heinrich Rennecke an der Spitze dabei, als der Sturm auf das Kaufhaus Herz, Rheinischestraße, einsetzte. Grebe zertrümmerte die Scheibe, die bereits ein Loch hatte, vollständig, und holte sich aus dem Laden mehrere Unterschlagtücher und Kinderschürzen. Der Angeklagte bestritt das Einschlagen der Scheibe, indessen wurde er überführt; eine Zeugin erklärte, eine Frau habe ihr erzählt, Grebe habe sich dahin geäußert: „Wenn es losgeht, dann bin ich der Erste." Rennecke war ebenfalls einer der Hauptbeteiligten. Er eignete sich ein Unterkleid, ein Korsett und Schlipse an. Es stand auch einwandfrei fest, daß er an dem Herz'schen Geschäft eine Scheibe zertrümmerte und Bretter im Laden abriß. Das Gericht verurteilte Wilh. Grebe wegen schweren Landfriedensbruchs zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten, Rennecke, gegen den der Vertreter der Anklage Zuchthaus beantragt hatte, wurde zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Nur die Jugend des 18 Jahre alten Angeklagten rettete ihn vor dem Zuchthause. Der Bäcker Heinrich Grebe, ein Bruder des Vorgenannten, der sich Sweater angeeignet hatte, erhielt eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. — Die Hausierin führte die Dienstmagd Martha Loreck in das Geschäft auf der Rheinischestraße, aus dem Stoffe losging, ließ die Loreck, die bei einer Hausfrau in der Nähe wohnt, Schrubber und Eimer im Stich und plünderte eine Pelzgarnitur, Hut, Kragen und einen Knabenanzug. Das leichtsinnige Mädchen mußte seine Tat wegen schweren Landfriedensbruchs mit 8 Monaten Gefängnis büßen. — Der Bergmann Wilhelm Fleck, Märkischestraße, war gerade in der Kirlstraße als das Herdan'sche Geschäftshaus geplündert wurde. Eine Frauensperson, die mit einem Arm voll Stoffen aus dem Laden auf die Straße lief, wurde überfallen, Fleck entriß ihr einige Hemden und entfernte sich. Auf dem Wege zu seiner Wohnung wurde er angehalten. Das Urteil gegen ihn lautete auf 8 Monate Gefängnis. — In Kenntnis der Unruhen war auch der jugendliche Arbeiter Alfred Schrage aus Aplerbeck nach hier gekommen, um den großen Fischzug auf der Brückstraße mitzumachen. Aus dem Geschäft Feidelberg nahm er sich einen Hut und aus dem Schuhgeschäft Schartenberg Kinderschuhe. Schrage wurde auf der Straße abgefaßt. Da der Angeklagte noch jugendlich ist, kam er mit 5 Monaten Gefängnis davon. — Der bei der städtischen Müllabfuhr beschäftigte Arbeiter August Zuhl, Zimmerstraße 51, stellte am 2. Juli seine Tätigkeit ein, um sich an den Plünderungen bei Gebr. Rober und Offers an der Münsterstraße zu beteiligen. Zuhl schleppte einen großen Packen Kleidungsstücke, Schirme, Mützen und Hüte in seine Wohnung, wurde die später zum Teil beschlagnahmt wurden. Der Vorsitzende, Herr Landgerichtsrat Westhoff bemerkte, der Angeklagte, der bei den Plünderungen Matrosenuniform trug, gehöre zweifellos zu den Leuten, welche bei Gelegenheit der Plünderungen die Konjunktur reichlich ausgenutzt haben. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte in hervorragendem Maße an den Plünderungen beteiligt war, erkannte das Gericht auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. — In der großen Menschenmenge, die sich vor dem Kaufhause Marx am Borsigplatze angesammelt hatte, befand sich auch der Arbeiter Eduard Böning. Durch den „Mut" einiger Leute in Matrosenuniform, die versuchten das Gitter vor dem Eingang des Geschäftes niederzureißen, angefeuert, trat Böning mit dem Fuße in eine Spiegelscheibe, die klirrend zusammenstürzte. Das war das Signal, zu plündern; der Pöbel drang in die Geschäftsräume, die zum großen Teil ausgeplündert wurden. Böning suchte durch einige ihm befreundete Zeugen den Nachweis zu erbringen, daß er als Täter nicht in Frage komme. Es wurde indessen einwandfrei nachgewiesen, daß Böning nicht nur die Scheibe zertrümmerte, sondern auch geplündert hatte. Mit Rücksicht auf seine Jugend sah das Gericht von einer Zuchthausstrafe ab und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. — Als der Krawall am 2. Juli auf der Münsterstraße einsetzte, beobachtete der Architekt Wilhelm Richter, Münsterstraße 55, von seinem Fenster der ersten Etage aus, wie drei Leuten, von denen einer Marineuniform trug, ein großer Trupp Menschen folgte. Der Marinesoldat hatte eine Liste in der Hand, auf der vermutlich die Geschäfte verzeichnet waren, die an der Münsterstraße geplündert werden sollten; den auf deuteten auch die Bewegungen und Anweisungen, die er machte. Richter, welche die Begleiter des Matrosen gegenüber dem Volkshaufen machten; denn alsbald darauf stürzten Spiegelscheiben der Geschäfte klirrend auf die Straße. Auch vor dem Richter'schen Hause, in dessen unteren Räumen sich das Schuhgeschäft Romeo befindet, machten die Rädelsführer Halt, und auch an diesem Laden wurde die Spiegelscheibe eingetreten, der Ladeninhalt geplündert und die Einrichtung demoliert. Der Schaden, der durch die Zertrümmerung des Ladens entstand, beträgt allein 5000 Mark. Einer der Rädelsführer soll der Buchdrucker Paul Gottwald sein, nach Ansicht der Sache ist kein Zweifel an seiner hervorragenden Täterschaft. Der als Zeuge vernommene Architekt Richter, sowie dessen Sohn und Neffe, erkannten den Angeklagten, der von der Straße aus dem im Fenster liegenden Architekten Richter eine drohende Standrede hielt, mit aller Bestimmtheit wieder. Am folgenden Tage abends erschien Gottwald mit seinen drei Komplizen, die er heute nicht kennen will, wieder vor dem Richter'schen Hause, und Herr Richter hörte, wie Gottwald einem seiner Begleiter im Flüsterton sagte: „Soll ich ihn jetzt schießen?" Durch die herbeigerufene Sicherheitswehr wurde Gottwald verhaftet. Der Vertreter der Anklage, Herr Kriegsgerichtsrat von Tegelen, beantragte mit Rücksicht auf das gemeingefährliche Treiben und in Anbetracht des ungeheueren Schadens, der durch diese Elemente angerichtet worden sei, eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren. Das Gericht hielt den Angeklagten in vollem Umfange für schuldig und setzte gegen Gottwald eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren fest. — Außerdem wurden noch viele kleine Plünderer zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre verurteilt.

Seegespenster.

Ein Roman von der Insel Sylt von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

Amerikanisches Copyright 1918 by Anny Wothe-Mahn, Leipzig.

47. Fortsetzung.

Sölve sah erstaunt um sich, ob des unerwarteten Blumensegens. Nirgends war ein Mensch zu entdecken. Vom Himmel konnten die Blumen nicht gefallen sein. Oder doch?

Sölve preßte ihr glühendes Gesicht in die Blüten. Wie süß das duftete. Sorglich ordnete sie die Blumenkinder, die sich gelöst, zu einem Strauß.

Prüfend hielt sie ihn hoch empor und betrachtete wohlgefällig ihr Werk.

„Ich will ihn mit mir nehmen, als ein gutes Zeichen", dachte sie.

Schnell stand sie auf. Die Sonne war völlig verschwunden. Dunkle Wolken jagten daher. Fest band sie ihren weißen Helgoländer um das Blondhaar und strich die etwas zerdrückten Falten ihres weißen Kleides glatt.

Da sagte eine liebe, ach, so lange nicht mehr gehörte Stimme:

„Du bist wunderschön, Sölve, viel zu schön für mich."

Vor Schreck ließ sie all die Blumen fallen und wäre beinahe von einem Windstoß ins Meer geweht, wenn nicht ein paar kräftige Seemannsarme sie gehalten hätten.

„Liebe, kleine, süße Sölve", flüsterte dieselbe Stimme und ein paar heiße Lippen drückten sich auf ihren jungen, roten Mund.

Ein Zittern ging durch Sölves Gestalt. Sie wollte sich wehren. Glühendes Rot huschte über ihr Gesicht.

„Halt, halt, Kleines. Sollen wir hier beide ins Wasser plumpsen?" fragte lachend der Kapitän und zog das Mädchen zu einer gesicherten Stelle. „So, nun erst mal ordentlich deinem Bent in die Augen geschaut und dann gebeichtet: liebst du mich, oder liebst du mich nicht?"

„Käpten!" murmelte Sölve, ihn fassungslos anstarrend.

„Ach was, Käpten — Bent heiße ich, die Seefahrt stecke ich auf, deinetwegen, kleine Sölve. Ich will nicht, daß du immer Angst hast um deinen Mann. Verstanden?"

„Ihr seid recht anmaßend, Bent Bonken", kam es aus Sölves Munde. „Wißt Ihr genau, daß ich euch liebe?"

„Darauf schwöre ich zehntausend Eide. Jetzt aber, mein Süßing, fixing, sonst werden wir pudelnaß und das ist nicht schön für ein Brautpaar."

„Das sind wir ja garnicht."

„Nicht? Na, das will ich dir beweisen —" und er küßte sie heiß und innig, bis ihr der Atem verging. Da schlang sie aufweinend die Arme um seinen Hals und lehnte ihren Kopf fest an seine Brust.

„Na, siehst du wohl, kleine Sölve", tröstete er, indem er ihr zärtlich die Tränen von den Wangen trocknete, „wir kennen uns doch, mein Kleines? Nun komm, die Modder ängstigt sich gewiß schon zu Tode."

Sölve raffte ihre Blumen zusammen und beide liefen Hand in Hand dem Sturmwind entgegen auf Keitum zu.

Sie sprachen nicht miteinander, aber ihre Augen und der Druck ihrer Hand redeten deutlicher als alle Worte. Gab es denn so viel Glück?

Vor dem Keitumer Kirchhof zögerten sie und wortlos traten sie, obwohl der Donner über ihnen grollte und schon helle Blitze am Himmel zuckten, an das stille Grab auf dem die Heideblüten im Sturmwind zitterten. Ergriffen standen sie an dem Grab des Armen, den des Lebens Stürme so früh gebrochen.

„Glaubst du, daß er zürnt?" fragte Sölve schüchtern. „Ich gelobte doch bei ihm zu bleiben und nicht an mich zu denken, nur an sein Glück, an seine Ruhe."

„Er hat sie gefunden, Kind. Du hast dem Toten mehr gegeben, als du durfest, nun mußt du an die Lebenden denken, die auch etwas von deinem reichen Herzen haben wollen."

„Ingewart Ferks", bat Sölve, die kleinen Hände faltend, „schau auf mich herab und segne mich und ihn, den ich lieb habe und dem ich deinetwegen nicht angehören wollte, weil du mich brauchtest. Segne mich, Ingewart Ferks."

Da flatterten zwei silberschimmernde Möven auf.

Einen Augenblick ließen sie sich auf dem grauen Sandsteine nieder, dann schossen sie mit ihrem leisen Lachen weithin über das Watt.

„Er hat Frieden gemacht", sagte Sölve tief befreit aufatmend, „auch mit Estrid. Gott gebe ihm die ewige Seligkeit, Amen!"

„Amen!" bekräftigte Bent Bonken. Sicheren Schrittes gingen sie Arm in Arm dem kleinen Friesenhaus von Wibke Wedderken zu, die ungeduldig in der grünen Haustür stand und drohend die Faust gegen Sölve hob, weil soeben ein Hagelschauer herniederprasselte.

Bent Bonken lachte und schüttelte sich wie ein Pudel und rief der alten Frau zu:

„Nicht schelten, Modder! Ein Brautpaar will liebevoll empfangen sein. Versteht Ihr?"

Nein, sie verstand nicht. Erst als ihr Sölve jubelnd um den Hals fiel, dämmerte es ihr und sie meinte bedächtig:

„Swiegen un Denken, deiht niemand kränken."

Jubelnd umfaßte sie der blonde Seemann und walzte mit ihr durch die Wohnküche.

„So Modder", lachte er, „dieses war der erste Tanz, der zweite folgt zu unserer Hochzeit."

„Jung, Jung", nickte die Alte atemlos, „wat för'n Pläsier."

Aber ihre Augen strahlten fast ebenso hell wie die der beiden Jungen, die sich fest bei den Händen hielten und jauchzend in den Aufruhr der Natur dort draußen blickten.

Nun hatten sie beide aus Sturm und Not die rechte Straße in das Glücksland gefunden.

Westfalen u. Rheinland.

Drohende Ausdehnung des Belagerungszustandes.

Kamen, 24. Juli. Das Generalkommando des 7. A.-K. weist darauf hin, daß im Korpsbezirk in den letzten Wochen die gewaltsamen Plünderungen von Lebensmittelgeschäften, Kaufhäusern, Märkten usw. in bedrohlicher Weise sich gemehrt haben. In den meisten Fällen arteten die Plünderungen in öffentlichen Aufruhr gegen die Regierung und die örtlichen Behörden aus. Truppen mußten die Ordnung wiederherstellen. Verluste waren unausbleiblich. Jetzt steht aus zahllosen Beispielen fest, daß fast überall einzelne auswärtige kommunistische Elemente planmäßig an der Arbeit waren, Einwohner aufzustacheln, um die schwere wirtschaftliche Lage, in der alle sich befinden, für ihre Parteizwecke auszubeuten. Jetzt muß jedem einsichtigen Mitbürger klar sein, daß dieser gewissenlose Terror unermeßlichen Schaden anrichtet, den doch wiederum die Gesamtheit zu allen schon bestehenden Lasten zu tragen hat und daß dieser Weg niemals zu einer Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern in den Abgrund führen muß:

Im Einvernehmen mit dem Herrn Oberpräsidenten von Westfalen und Herrn Reichskommissar Severing gibt der kommandierende General Freiherrn v. Watter daher bekannt:

Wenn es den besonnenen Elementen nicht gelingen sollte, dieses Treibens Herr zu werden, muß dazu geschritten werden, das Gebiet des Belagerungszustandes erheblich auszudehnen, unter Umständen auf dem Korpsbezirk, um dem größten Teil des Volkes, der sicherlich diesen Treibereien fernsteht, vor einem weiteren Umsichgreifen sinnloser Zerstörung zu schützen. Auch bisher ruhige Bezirke werden dann einbezogen werden müssen. Nur so ist es möglich, die Rädelsführer überall zu fassen, wenn sie das Feld ihrer Tätigkeit wie gewöhnlich verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen. Ich richte daher an alle Mitbürger die dringende Bitte, mich in dem Bestreben, endlich der Allgemeinheit Ruhe zu bringen, zu unterstützen.

*

Kamen, 24. Juli. **(Verschiedenes.)** Der Sinn und die Bedeutung von Sonderklauseln in Lieferungsverträgen wird häufig nicht ganz zweifelsfrei sein. Bei ihrer Auslegung durch den Richter ist natürlich in erster Linie die Auffassung der beteiligten Handelskreise zu berücksichtigen. In einem jüngst entschiedenen Streitfalle ist angenommen worden, daß bei der Klausel „Fabrikat X. oder gleichwertig" der Verkäufer, wenn er Fabrikat X. nicht beschaffen kann, und wenn auch ein gleichwertiges inländisches Fabrikat nicht zu haben ist, er eine entsprechende ausländische Ware, falls solche auf dem Markte zu haben ist, liefern muß.

Zur genauen Feststellung der vorhandenen Vermögen, die zur restlosen Erfassung durch die Steuer notwendig ist, hat sich, wie die Börsenzeitung hört, das Reichsministerium entschlossen, folgende Maßregeln in die Wege zu leiten: In nächster Zeit wird **alles vorhandene Papiergeld eingezogen** und durch Gutscheine (Zwischenscheine) ersetzt, die wieder gegen das neue Papiergeld eingetauscht werden. Hierdurch ist jeder gezwungen, das vorhandene Geld abzuliefern und zugleich die Summe anzugeben, denn er erhält nur soviel zurück, als er abgegeben hat, während das nicht angegebene und abgelieferte Papiergeld für ungültig erklärt wird. Ferner werden sämtliche Wertpapiere einer Abstempelung unterzogen und sodann unter Kontrolle gebracht. Alle nicht abgestempelten Papiere verlieren ihren Wert. Aehnliche Maßnahmen werden mit den Verträgen von Gesellschaften vorgenommen, um die dort investierten Werte festzustellen. — (Ob das zum Ziele führt?)

(Handwerker-Erholungsheim in Trabenbach.) Nach einer von der Handwerkskammer Dortmund erhaltenen Mitteilung wird das von den Westdeutschen Handwerkskammern errichtete Handwerker-Erholungsheim in Trabenbach, das bisher militärischen Zwecken gedient hat, vom 1. August d. Js. ab die Wirtschaft wieder aufnehmen. Der Pensionspreis ist noch nicht definitiv festgesetzt, er wird aber voraussichtlich 12—14 Mark betragen. Anmeldungen sind an den Verein Handwerker-Erholungsheim, Koblenz, Ritzestraße 26, zu richten, der auch auf Wunsch nähere Auskunft gibt.

Bergkamen, 24. Juli. **(Tödlicher Unglücksfall.)** Am Dienstag morgen geriet auf der Schachtanlage Grimberg der Berghauer Hermann Dätzner, Wilhelmstraße 11, unter fallende Gesteinsmassen, wodurch er einen Schädelbruch erlitt, der den Tod herbeiführte.

? **Soest**, 23. Juli. **(Eine gefährliche Diebin verurteilt.)** Am Abend des 18. Mai bändelte nach einer animierten Kneiperei der Viehhändler Mühlenberens mit der ihm unbekannten Näherin Helene Golschinski an. Morgens gegen 4 Uhr gingen sie gemeinschaftlich nach Hause. G. hatte bei der Bezahlung der Zeche gesehen, daß M. sehr viel Geld bei sich trug. Als beide auf dem Marktplatz in Soest waren, griff sie plötzlich in seine Rocktasche und stahl ihm die Brieftasche mit ungefähr 8000 Mark. Bei der Verfolgung warf sie einen Teil — 5000 Mark — weg. Später wurde sie verhaftet. In der Gerichtsverhandlung bestritt die Angeklagte, daß sie den Diebstahl ausgeführt habe; später gab sie es jedoch zu. Das Gericht verurteilte sie zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten.

Brackel, 23. Juli. **(Kriegswirtschaftliche Nachrichten.)** In der Woche vom 20. bis 26. Juli werden folgende Lebensmittel ausgegeben: Auf Warenkarte A 415 = 175 Gr. Graupen, Preis 88 Pfg. je Kg.; auf Warenkarte A 416 = 125 Gramm Wurst, Preis 1,68 Mk. Auf Warenkarte A 417 = 250 Gr. Kunsthonig, Preis 1,60 Mk. je Kg.; auf Warenkarte A 419 = 100 Gr. Erbsen, Preis 2,50 Mk. je Kg.; auf Warenkarte A 420 = 100 Gr. Bohnen, Preis 2,50 Mk. je Kg. Auf Speisefettkarte B 139 = 50 Gr. Schmalz, Preis 17 Mk. je Kg.; auf Speisefettkarte B 140 = 60 Gr. Margarine, Preis 4,48 Mk. je Kg. Auf Nr. 30 der Einfuhrzusatzkarte für Mehl werden 750 Gr. Auslandsmehl ausgegeben, Preis 1,68 Mk. je Kg. Kranke, hoffende Frauen, Wöchnerinnen und Personen über 70 Jahre erhalten in der kommenden Woche auf die Nährmittelkarte statt Nährmitteln bei einem Anteile von 250 Gr. pro Woche 2 Pakete Milchsüßspeise zu 45 Pfg. pro Stück. Bei einem Anteile von 125 Gr. pro Woche 1 Paket Milchsüßspeise zu 45 Pfg. Auf die Eierkarte wird, soweit der Vorrat reicht, der einfache Anteil verabfolgt. Der Bevölkerung darf bestimmungsgemäß pro Woche nur ½ Pfund Auslandsmehl verabfolgt werden. Die bisher zugeteilten Mengen reichen für eine Versorgung bis zum 27. Juli. Die obenbezeichneten 750 Gr. Auslandsmehl sind für die Zeit vom 27. Juli bis 16. August bestimmt.

Kurl, 23. Juli. **(Drahtdiebstahl.)** An der Eisenbahnstrecke Dortmund—Kurl sind 440 Mtr. 3-Millimeter-Bronzedraht im Gewichte von 32 Kilogramm gestohlen worden.

Wickede, 23. Juli. **(Unter die Straßenbahn geraten.)** Am 16. Juli ereignete sich in Wickede auf der elektrischen Straßenbahn dadurch ein Unfall, daß der Kaufmann Alfred Kaiser in Wickede, Hellweg Nr. 96, unter den Bahnräumer des Anhängerwagens geriet und schwere innere Quetschungen erlitt. Der Verletzte wurde zum evangelischen Krankenhaus Unna transportiert. Kaiser soll den Versuch gemacht haben, während der Fahrt in den Wagen zu steigen und hierbei infolge Fehltritts unter den Wagen geraten sein.

? **Menden**, 23. Juli. **Zur Behebung der Wohnungsnot** beschloß die Stadtverordnetenversammlung den sofortigen Bau von sechs Doppelhäusern mit je vier Familienwohnungen an der Bachstraße. Die Kosten belaufen sich auf 600 000 Mark.

Bokel, 14. Juli. **(Raubüberfall.)** In der Nacht wurde auf das Anwesen der Frau Liesemann in Bokel 125 ein Raubüberfall verübt. Zwei Unbekannte, von denen einer maskiert war, drangen in das ungeschützte Haus, bedrohten die anwesende Frau Liesemann und deren jüngsten Sohn mit Revolvern, fesselten sie und knebelten sie sodann, worauf sie das Haus auf Lebensmittel und Geld durchsuchten. Die Räuber nahmen eine Seite Speck, 30 Mettwürste und eine Versicherungspolice mit und entkamen mit ihrer Beute, die sie in einem Reisekorbe wegführten. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

(W) **Wesel**, 23. Juli. **(Zum Tode verurteilt.)** Das außerordentliche Kriegsgericht hat die Arbeiter H. Harties und August Dolata aus Hamborn wegen Raubmordes zum Tode verurteilt. Die Verurteilten haben in der Nacht zum 1. Mai den Nachtwächter Victorio Candido in Oberhausen-Lirich hinterrücks ermordet und beraubt.

** **Köln**, 23. Juli. **Unter der Ueberschrift „Ein heldenmütiger Deutscher"** berichtet die englische „Cologne Post": „Ein englisches Flugzeug fing gestern Feuer auf einem Flugplatz, wo einige deutsche Kriegsgefangene beschäftigt waren. Der Flugzeugführer, ein Offizier, war in den brennenden Trümmern eingeklemmt und befand sich in höchster Verbrennungsgefahr. Einer der Gefangenen, der Gemeine Bruckmann vom .99. Inf.-Reg. der deutschen Armee, eilte dem Offizier zu Hilfe und führte unter eigener Lebensgefahr ein tapferes Rettungswerk aus. Das englische Luftfahramt gibt den Beschluß bekannt, wonach Bruckmann sofort aus der Gefangenschaft entlassen wird und freies Geleit nach seinem Bestimmungsziel in Deutschland bewilligt erhält. Es wurde ferner beschlossen, ihm eine Geldsumme zu überreichen sowie eine silberne Uhr mit entsprechender Widmung in Anerkennung seiner wackeren und ritterlichen Tat.

Nationalversammlung.

Die Nachmittagssitzung vom 22. Juli wurde um 4.30 Uhr eröffnet. Artikel 164 bestimmt, daß in den nächsten 15 Jahren Mitglieder der Familien von Landesherren, die 1918 in Deutschland regiert haben, nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können. — Ein Antrag der Deutsch-Nationalen und ein weiterer der Deutschen Volkspartei will die Bestimmung streichen. — Ein Antrag der Unabhängigen will, daß die Mitglieder solcher Familien, die in Deutschland regiert haben, überhaupt nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können. Der Antrag der Unabhängigen wird mit 123 gegen 117 Stimmen angenommen, was die Linke mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Ein deutsch-nationaler Antrag, wonach eine Eidesleistung rechtswirksam auch in der Weise erfolgen kann, daß der Schwörende unter Weglassung der religiösen Eidesformel erklärt: „Ich schwöre", wird angenommen.

Artikel 170 (Aufhebung der alten Verfassung) wird mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

Auf Antrag Dr. Haas (D.) wird der Artikel 170a, wonach die Aufhebung der Orden und Ehrenzeichen aus den Kriegszeiten der Jahre 1914—1919 nicht angewendet werden soll, angenommen.

Artikel 172 bestimmt, daß bis zum Zusammentritt des nächsten Reichstages die Nationalversammlung als Reichstag gilt und daß der bisherige Reichspräsident bis zur endgültigen Wahl eines Nachfolgers Reichspräsident bleibt.

Der Artikel wird angenommen. Der Schlußartikel 173 gelangt ohne Aussprache zur Annahme. —

Die im Ausschuß beantragten Entschließungen, die Regierung möge eine Reichsvermittelungsstelle einrichten, ferner die Frage prüfen, ob und inwieweit die Kleinstaaten unter einer Million Einwohner beseitigt werden können und endlich mit der größten Beschleunigung ein Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz einzubringen, werden angenommen.

Präsident Fehrenbach: Ein sehr schwierige und lange Tage in Anspruch nehmendes Werk ist beendet. Der Präsident spricht dem gesamten Ausschuß und dem Hause den herzlichsten Dank aus und schließt mit dem Wunsche: Die Reden etwas kürzer, die Teilnehmerzahl etwas stärker. In einer so wichtigen Frage, wie die Verfassung, muß das Notwendige gesagt werden und ich hoffe, daß in der dritten Lesung nur sehr wenige und kurze Reden gehalten werden, aber in einem reich besetzten Hause. (Lebhafter Beifall.)

Nächste Sitzung Mittwoch. Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Weitere Nachrichten.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Die Arbeiten der Kommission, die sich mit dem Ausgleich zwischen Staat und Krone befaßte, stehen, den Politischen Informationen zufolge, vor ihrem Abschluß. Die Klärung der zum Teil sehr verwickelten Fragen hat zu dem Ergebnis geführt, daß alle nachweisbar durch private Mittel der Krone erworbenen Schlösser und Gebäude ihr zum größten Teile verbleiben sollen. Im allgemeinen werden die Schlösser usw., die aus dem vorigen Jahrhundert bis zum Tode Friedrich Wilhelms II., also 1797, stammen, vom Staate in Anspruch genommen. Dementsprechend sollen die Schlösser in den alten Provinzen ohne Entschädigung übernommen werden. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß auch das Berliner Stadtschloß und das Kronprinzen-Palais, ferner das Schloß Monbijou, das Charlottenburger Schloß, das Prinzessinnen-Palais, das Stadtschloß in Potsdam, das Marmorpalais in Staatsbesitz übergehen werden. Es verbleiben der Krone dagegen Schloß Bellevue, das Palais Kaiser Wilhelms I. und in Potsdam das Schloß Babelsberg. Die Schlösser im Rheinland und in den neuen Provinzen, z. B. in Koblenz, Wiesbaden, Hannover, waren der Krone vom Staat nur zur Benutzung übergeben. Hier liegt die Sache klar. Die Schatullgüter Rominten und Cadinen verbleiben ebenso wie das eigentliche Privatvermögen der Krone. Zum Unterhalt der gesamten königlichen Familie ist für die Krone eine gewisse Geldabfindung vorgesehen. Von dem großen Kunstbesitz, der der Krone gehört, soll ein sehr wertvoller Teil an den Staat übergehen und zwar teilweise als Eigentum und teilweise als Leihgabe.

China unterzeichnet den Friedensvertrag.

(TU) Wie in Rotterdamer diplomatischen Kreisen verlautet, haben die in Paris zurückgebliebenen Mitglieder der chinesischen Delegation von ihrer Regierung den Auftrag erhalten, den Vertrag zu unterzeichnen, weil Japan sich bereit erklärt hat, Chantung später an China zurückzugeben.

Die englische Industrie ohne Kohlen.

(TU) Wie aus London berichtet wird, beginnt der Streik der Grubenarbeiter bereits auf andere Industrien überzugreifen. Infolge des Kohlenmangels durch den Streik in Yorkshire schließen in Leeds schon einige Fabriken. 8—10000 Maschinenarbeiter sind dadurch arbeitslos. Falls Ende der Woche keine Kohlen kommen, fürchtet man, daß in der Maschinenindustrie von Leeds ungefähr 35 000 Mann ohne Arbeit sein werden.

Keine Reichsgelder für Parteizwecke.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: In der Sitzung der preußischen Landesversammlung vom 11. Juli ist von deutsch-nationaler Seite die bereits früher aufgestellte Behauptung wiederholt worden, daß öffentliche Gelder für Partei-Propaganda von amtlichen Aufklärungsstellen, darunter auch der Zentrale für Heimatdienst, in erheblichem Umfange herausgabt seien. Diese Behauptung entspricht, soweit sie auf die Zentralstelle für Heimatdienst zutrifft, nicht den Tatsachen. Die der Reichskanzlei unterstellte Zentrale für Heimatdienst ist vielmehr unausgesetzt bemüht, weite Kreise der Bevölkerung mit den unparteiischen Aufklärungsnachrichten und Tatsachenmaterial zu versehen, vor allem aber die Kenntnis der Gefährlichkeit der wilden Streiks zu fördern und so einer Erneuerung und Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens die Wege zu ebnen. Die Druckschriften, Flugblätter und Plakate der Zentralstelle für Heimatdienst sind ausschließlich in dieser Richtung gehalten. Von einer Mehrbelastung der Reichsdruckerei infolge der Tätigkeit der Zentralstelle für Heimatdienst kann keine Rede sein, da die Zentralstelle niemals an die Reichsdruckerei einen Antrag auf Lieferung von Papier oder Drucksachen gestellt hat. Richtig ist, daß der inzwischen aufgehobene sogenannte Werbedienst der Deutschen Republik in den ersten Revolutionsmonaten Parteipolitische Propaganda im weitesten Umfange getrieben hat. Diesem Mißbrauch ist seitens des Reichsministeriums damals energisch entgegengetreten worden. Schon damals ist bei einer Anfrage des Abg. Mumm die Antwort abgegeben worden, daß die Reichsregierung es durchaus nicht billige, daß Reichsgelder zu Parteizwecken verausgabt werden. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf diesem Standpunkt und daß alle Maßnahmen getroffen werden, daß jede mißbräuchliche Verwendung von Steuergeldern zu Parteizwecken völlig unmöglich gemacht wird.

*

— **(Preußen fordert Schadenersatz.)** Die preußische Staatsregierung leitete Verhandlungen mit dem Reiche ein, um Ersatzansprüche beim Reich für die durch den Frieden für Preußen eingetretenen Schäden anzumelden.

— **(Die rheinische Frage.)** Dienstag abend begaben sich zu einer Besprechung in der rheinisch-westfälischen Frage folgende Herren nach Düsseldorf: Ministerpräsident Hirsch, Minister Hänisch, Fischbeck und Stegerwald, die Unterstaatssekretäre Linz und Graef, die Ministerialdirektoren Neuhaus, Krause und Kaestner, sowie eine Anzahl höherer Regierungsbeamter und von Stumm vom Auswärtigen Amte.

— **(Hänischs Rücktrittsgesuch von der Fraktion nicht genehmigt.)** Wie in Kreisen der preußischen Landesversammlung mitgeteilt wird, hat die sozialdemokratische Fraktion das vor etwa zwei Wochen von dem Kultusminister Hänisch überreichte Rücktrittsgesuch nicht genehmigt, da sie nahezu einmütig den ablehnenden Standpunkt des Ministers gegenüber dem Schulkompromiß teilt.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Die Ausgabe von ½ Pfund amerikanischem Mehl je Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung findet Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. d. Mts., statt. 2909

Die Geschäftsleute liefern die Mehlscheine zu je 100 Stück gebündelt Montag vormittag ab. Die Bestellung für die folgende Woche ist gesondert abzugeben. Der Verkauf von Mehl ist Brotverkäufern verboten. Letztere werden daher nicht mit Mehl beliefert werden.

— **(Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.)** Die deutsche Regierung hat gestern den Ministerpräsidenten Clemenceau erneut um baldige Mitteilungen über Zusammensetzung und Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen ersucht und dabei darauf hingewiesen, daß Herr Clemenceau betreffs am 26. Mai d. J. versprochen habe, die Vertreter der assoziierten und assoziierten Regierungen würden mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zu diesem Zwecke einsetzen, sobald der Friede unterzeichnet ist. Der Friede sei unterzeichnet und bereits von Deutschland ratifiziert, aber immer noch warte die deutsche Regierung vergeblich auf die Bildung der erwähnten Kommission.

— **Ueber die voraussichtliche Wirkung der Aufhebung der Blockade** wird an zuständiger Stelle vermutet, daß uns aus dem neutralen und dem bisher feindlichen Ausland große Mengen Lebensmittel angeboten werden, zunächst freilich noch zu hohen Preisen. Die bevorstehende Aufhebung der Devisenordnung wird den Handel erleichtern, aber nur teilweise, denn dem gewaltigen Bedarf Deutschlands entsprechen die zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel nicht. Nur langfristiger Kredit kann uns die Zahlungsmittel für unsere dringendsten Bedürfnisse schaffen. Die Regierung ist eifrig bemüht, unseren Auslandskredit zu heben. Langfristige Kredite würden die Valuta steigern und eine Senkung der Preise herbeiführen. Die Kreditgeber werden aber nur Vertrauen zu uns gewinnen, wenn hier gearbeitet wird. Die Aufhebung der Blockade wird eine sofortige Umwälzung unserer Ernährungswirtschaft nicht bringen können, doch wird mit einer fühlbaren Besserung zu rechnen sein. Eine großzügige Einfuhrkontrolle muß bestehen bleiben, bis ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt ist. Bis dahin muß der Handel sich Beschränkungen auferlegen.

— **(Naumann — Vorsitzender der demokratischen Partei.)** Der demokratische Parteitag hat den Abgeordneten Friedrich Naumann mit 285 Stimmen zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt.

— **Absturz einer Fliegerpost.** Der englische Flieger Murphy, der mit einem Flugzeug die Post von England nach Köln bringen sollte, stürzte infolge eines Motordefektes bei Boje 6 mit dem Flugzeug in die Nordsee. Er wurde von dem holländischen Dampfer „Agneta" aufgefischt und nach Brunsbüttel gebracht. Von den ihm mitgegebenen Postsäcken konnten 7 durch den Dampfer geborgen werden. Das Flugzeug ist verloren.

*

Kleine Nachrichten.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mainz, daß die bereits angekündigte Filiale der Banque Nationale de Credit in Paris nunmehr mit Dr. Carl Hausknecht als Leiter eröffnet worden ist.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit denen Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.

(Eingesandt.)

Westick, 24. Juli. Zu dem Eingesandt vom 18. Juli bemerkt der A.-R. Westick, daß der A.-R. der Gemeinde Westick nicht der Einsender des betr. Artikels ist, da im A.-R. Westick kein Anton Müller vorhanden ist und auch in der Gemeinde Westick ein Anton Müller gar nicht wohnt. Ich vermute, daß dieser Artikel unter falschem Namen eingesandt ist. Weiter ist es nicht die Aufgabe des A.-R. Westick, sich in die Angelegenheiten anderer Gemeinden und Städte hineinzumischen und solche Artikel zu veröffentlichen, die der Allgemeinheit schaden und die Allgemeinheit noch mehr aufreizen. In der Gemeinde Westick befindet sich kein besoldeter Arbeiterrat. Der Arbeiterrat von Westick hat sich von Anfang an verpflichtet, die Sachen zum Wohle der Allgemeinheit unentgeltlich zu leiten.

Johann Synowzik, A.-R., Westick.

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 24. Juli **Die Czardasfürstin** geht am Sonntag in Kamen über die Bretter. Das Kurtheater Königsborn unter der Direktion des Herrn Julius Benne gibt am Sonntag im Schützenhof (W. Reinhard) ein Gastspiel. Das Kurtheater hat mit seinen Aufführungen im Kurbad Königsborn gute Erfolge aufzuweisen. Da hier nur die besten Kräfte auftreten, können unseren Bürgern einige genußreiche Stunden in Aussicht gestellt werden. Der Besuch ist sehr zu empfehlen.

Bad Königsborn, 24. Juli. **(Kurtheater.)** Wie aus dem Anzeigenteil dieser Zeitung ersichtlich ist, wird im Kurtheater morgen die reizende Operette „Die Geischa" oder die Geschichte eines japanischen Teehauses aufgeführt. Da allen Besuchern ein schöner Kunstgenuß in Aussicht gestellt werden kann, wird der Besuch warm empfohlen. Vorverkauf beim Parkwärter Henning und im Cigarrengeschäft Bindel, oder telephonisch bei der Badeverwaltung Nr. 28.



Die Todesstunde schlug zu früh,
Doch Gott, der Herr, bestimmte sie.

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute früh meinen innigstgeliebten Gatten, unsern herzensguten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Berghauer

Hermann Dätzner

durch Unglücksfall im Alter von 49 Jahren von dieser Erde abzurufen.

Dieses zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

Die tiefgebeugte Gattin
nebst Kindern und Verwandten.

Bergkamen, Overberge, Ränthe, Meiderich, Schlesien, den 22. Juli 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Zeche Grimberg aus statt. 2913

Kurtheater Bad Königsborn.

Freitag, den 25. Juli, 8 Uhr anfangend, die reizende Operette:

„Die Geisha"

oder:

„Die Geschichte eines japanischen Teehauses"

Vorverkauf beim Parkwärter Henning und im Zigarrengeschäft Bindel. 2910



Bergkamen und Umgegend!

Eröffne am **Dienstag, den 29. Juli,** im Saale des Herrn Wirt Aug. Schulze-Bergkamen einen

Tanz- und Anstandskursus

für Kinder von 5—7 Uhr, 2899
für Erwachsene von 8—10 Uhr abends.

Da die aufgeführten Tänze beim letzten Schlußball allseitig die vollste Befriedigung und Anerkennung gefunden haben, so bitte ich die Eltern, auch zu diesem Kursus mir die Kinder gütigst anvertrauen zu wollen

H. Ludmann, Tanzlehrer.

Der Vortrag

des Herrn Geheimrats Professor Dr. Erman über **Gemeindebodenpolitik** findet erst in

nächster Woche

statt. Der Tag wird noch bekanntgegeben.

Kamen, 23. Juli 1919. 2910

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

Prima Wiesen- u. Kleeheu

in den nächsten Tagen eintreffend.

Wilhelm Neff,
Kamen,
Telefon Nr. 122.

Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen. 2887

Geld

in jeder Höhe gegen monatliche Ratenzahlung erhalten Leute jeden Standes durch **E. Wand, Hamm** (Westf.) Ostenstraße 49. 2353

Guter **Sonntags-**

Anzug

zu verkaufen. 2883

Näh. Geschäftsst.

Bücherschrank

zu kaufen gesucht.

Angebote erbitte an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Neue und gebrauchte

Pianos

Flügel
Harmoniums

sind noch in großer Auswahl vorrätig. Freie Lieferung auch zu bequemen Bedingungen 2692

Roth & Junius

Piano- u. Flügelfabrik
Hagen W., Bahnhofstr. 29.
2. Fabrik Berlin S 42.
Gold. Ausstellungspreise.
Staatsmedaille. 8743



Sehr wachsamer **deutscher**

Schäferhund,

vierjährige Rüde, ist preiswert zu verkaufen. Derselbe war Meldehund und ist in jeder Beziehung vorzüglich.

Förster Ackermann,
Forsthaus Harpen bei Kurl.
(15 Minuten von der Bahnstation.)

Näherinnen

gesucht für Herren- und Damen-Hemden. 2898

Lorig, Westfstr. 26.

Das unberechtigte Betreten der Schützenhof-Wiese wird hiermit streng verboten. 2908

W. Reinhard.

Zu verkaufen:

Ein Schwein, mehrere Mutterkaninchen mit Jungen, eine Geige mit Zubehör sowie **40—50 Zentner Kohlen** bei

G. Schwiderski, Haus Böing.

Lebensmittelverteilung im Amt Unna-Kamen.

1. Auf Reichsfleischkarte 125 Gr. Fleisch einschließlich Wurst. Auf Fleischzusatzkarte 50 Gr. Fleisch.

2. Auf Fettkarte 60 Gr. Butter und 140 Gramm Margarine für 2 Wochen.

3. An die Gemeindevorsteher sind Bezugsscheine für 150 Gr. Haferfabrikate und 60 Gramm Grieß ausgegeben. Diese Lebensmittel gelangen zur Verteilung, sobald die Kleinhändler dieselben von den Großhändlern erhalten haben.

4. Auf Lebensmittelkarte 500 Gr. Marmelade, **der Zeitpunkt der Ausgabe wird durch die Gemeindevorsteher noch bekanntgegeben.**

5. Auf Fetteinfuhrzusatzkarte 50 Gramm ausländisches Speisefett, das Pfund zu 5,50 Mk.

6. Auf Mehleinfuhrzusatzkarte 180 Gr. Auslandsweizenmehl, das Pfund zu 85 Pfg. weitere Ausgabe erfolgt nach Eingang einer neuen Sendung.

7. Speck ist noch nicht eingetroffen, Bekanntmachung erfolgt nach Eingang.

8. Außer dem unter 5 erwähnten rationierten Speisefett (Schmalz) ist vom Kreise noch ausländisches Schmalz erworben worden, das mit 100 Gr. für den Kopf der Versorgungsberechtigten (auf Lebensmittelkarte) ausgegeben wird. Der Preis dieses nicht vom Reich gelieferten (Konzern-) Schmalzes stellt sich auf 8,40 Mk. für das Pfund, weil das Reich hierzu keinen Preisermäßigungszuschuß gewährt.

9. Aus Anlaß einer Beschwerde mache ich darauf aufmerksam, daß die Metzger nicht befugt sind, die Abgabe des rationierten (billigen) Specks von der gleichzeitigen Abnahme des teuren, sogenannten Konzernspecks, abhängig zu machen. Der letztere darf aber von den Metzgern, wenn er 5 Tage nach dem Ausgabetag von den Versorgungsberechtigten nicht abgenommen worden ist, freihändig verkauft werden, natürlich aber nur zum amtlich festgesetzten Preise. Dasselbe gilt von der Ausgabe des sogenannten Konzernschmalzes durch die Geschäfte.

Unna, den 21. Juli 1919.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 15 Abs. 3 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und der Verfügungsregelung vom 25. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 607) in der Fassung der Novelle vom 4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 728) und der Ergänzung zu der Ausführungsanweisung vom 6. Oktober 1915 — erlassen am 10. November 1915 — setze ich hiermit für den Regierungsbezirk Arnsberg den **Großhandelsrichtpreis für das Pfund auf 54 Pfg.** fest.

Arnsberg, den 12. Juli 1919.

Der Regierungs-Präsident:
v. Bake.

Veröffentlicht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Juni 1919.

Hamm (Westf.), den 19. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses Hamm-Land:
J. A.: v. Winterfeld.

Eine gut erhaltene

Waschmaschine

und eine neue

Kommode

zu verkaufen. 2886

Gustav Dissel, Wasserkurl,
Wasserkurlerstr. 37.

Schöne kl. Trommel

mit Messingkessel und eine

Hofflöte

billig zu verkaufen. 2897

Fr. Kuhring.
Kaiserau Sektion 7.

Stroh sowie Steckrüben-Pflanzen

hat zum Verkauf 2872

Gustav v. d. Heide, Westentor.

Ladenlokal

mit Wohnung zum 1. Oktober oder November zu mieten gesucht. 9711

Zu erfragen Bahnhofstraße Nr. 45.

Linten z. hab. im d. Buchh. d. Zeitung.

Junges Brautpaar sucht zum 1. Oktober

2—3 Zimmer

mit Gas. 2906

Zu erfragen **Bahnhofstraße 45.**

Suche zum 1. August für meinen kleinen Haushalt ein 2889

Mädchen

von 14—16 Jahren für alle Hausarbeit.

Näh. in der Geschst.

Kutscher

zum 1. Oktober gesucht.

Dr. Lenzmann,
2907 Bahnhofstraße.

Ein ordentliches

Mädchen

von 14—15 Jahren kann zu Anfang August bei kleinem Landwirt Stellung erhalten. 2912

Zu erfr. in der Geschst.

Siegerliste beim Wetturnen des 1. Bezirks des Hellweg-Märkischen Turngaues in Kamen.

I. Unterstufe: Erwin Heidenreich-Eintracht-Dortmund 85 Punkte, Erich Tappe-Eintracht-Dortmund 84 P., Karl Windemuth-Eintracht-Dortmund 84 P., Karl Schmidt-Tremonia-Dortmund 82 P., Erich Albees-Turnverein-Schwerte 80 P., Gustav Geß-Allg. Turnverein-Unna 77 Punkte, Eduard Raacke-Eintracht-Dortmund 77 Punkte, Wilhelm Zoch-Turnverein-Kamen 76 P., Gustav Kiesheyer-Turnverein-Schüren 76 P., Ernst Schroer-Westfalia-Lünen 76 P., Edmund Brockhaus-Westfalia-Lünen 76 P., Heinrich Meisch-Turnverein-Hörde 76 P., Otto Büchert-Allg. Turnverein-Dortmund 76 P., Gustav Lehmann-Turnverein-Hörde 76 P., Walter Kramer-Turn- und Ballspielverein-Schwerte 74 P., Heinrich Henke-Tremonia-Dortmund 74 Punkte, Paul Szary-Gut-Heil-Aplerbeck 74 P., Wilhelm Helmig-Tremonia-Dortmund 73 P., Willi Steinbach-Turnverein-Hörde 72 P., Kurt Schmidt-Turnklub-Dortmund 72 P., Walter Schulz-Einigkeit-Holzen 71 P., Wilhelm Kramer-Turn- und Ballspielverein-Schwerte 71 P., Erich Acker-Eintracht-Dortmund 71 P., Erich Klempt-Gauturnverein-Berghofen 71 P., Otto Döling-Turnverein-Schüren 70 P., Erich Kirchhoff-Turn- und Ballspielverein-Schwerte 70 P., Heinrich Hofmann-Turnverein-Schüren 70 P., Heinrich Remmert-Turnverein-Hörde 70 P., Joseph Brüggemann-Turnverein-Kamen 69 Punkte, Alfred Probst-Eintracht-Dortmund 69 Punkte, Robert Withöft-Eintracht-Dortmund 69 P., Julius Gärtig-Tremonia-Dortmund 69 P., Johann Mannebach-Eintracht-Dortmund 69 P., Karl Bernatowski-Allg. Turnverein-Dortmund 68 P., Franz Müller-Westfalia-Lünen 68 P., Gustav Stallmeyer-Turnklub-Dortmund 68 P., Richard Berger-Turnverein-Hörde 68 P., Hans Helmut Freese-Turnverein-Kamen 67 P., Heinrich Vennewald-Turnverein-Schüren 66 P., Albert Herbrechter-Turnverein-Kamen 66 P., Hugo Mölter-Eintracht-Dortmund 66 P., Heinrich Brannekämper-Eintracht-Dortmund 66 P., Emil Militz-Turnverein-Kamen 66 P., Heinrich Frie-Eintracht-Lünen 66 P., Ferdinand Luwald-Eintracht-Dortmund 65 P., Karl Ebrecht-Westfalia-Lünen 65 P., Willi Schiplick-Turnverein-Hörde 64 P., Wilhelm Nakowitsch-Tremonia-Dortmund 64 P., August Rogge-Westfalia-Lünen 64 P., Wilhelm Schmidts-Turnklub-Brackel 64 P., Georg Riffer-Tremonia-Dortmund 64 P., Walter Hartmann-Eintracht-Lünen 64 P., Heinrich Plettenberg-Gut-Heil-Aplerbeck 64 P., Robert Hannuschka-Deutsche Turnerschaft-Berghofen 64 P., Otto Hummelbeck-Einigkeit-Holzen 63 P., Karl Bäckerling-Turnverein-Hörde 63 P., Gustav Meisch-Turnverein-Hörde 63 P., Heinrich Hassenpflug-Gut-Heil-Aplerbeck 63 P., Walter Andres-Gut-Heil-Aplerbeck 63 P., Paul Sommer-Eintracht-Dortmund 63 P., Richard Köhler-Turnverein-Hörde 62 P., Wilhelm Berger-Turnverein-Hörde 62 P., Fritz Strathoff-Gut-Heil-Aplerbeck 61 P., Heinrich Krams-Jahn-Dortmund 61 P., Willi Kracht-Turnverein-Hörde 61 P., Adolf Wittler-Turnverein-Schüren 60 P., Ernst Osterhaus-Allg. Turnverein-Unna 60 P., Karl Pick-Westfalia-Lünen 60 P., Hans Wendt-Westfalia-Lünen 60 Punkte.

II. Mittelstufe: Joseph Küpper-Eintracht-Dortmund 78 P., Willi Kuse-Turnverein-Eving 76 P., Fritz Hübner-Allg. Turnverein-Dortmund 75 P., Walter Schäfer-Jahn-Dortmund 75 P., Heinz Flörsheim-Eintracht-Dortmund 74 P., Fritz Köhler-Westfalia-Lünen 74 P., Peter Heck-Eintracht-Dortmund 73 P., Heinrich Steinau-Allg. Turnverein-Dortmund 72 P., Erich Kruse-Turnklub-Brackel 71 P., Alfred Merte-Eintracht-Dortmund 70 P., August Korte-Turnverein-Schwerte 70 P., Willi Gotthardt-Turnklub-Brackel 68 P., Wilhelm Grevel-Turnverein-Kamen 68 P., Paul Keller-Gut-Heil-Aplerbeck 67 P., Karl Pötting-Allg. Turnverein-Unna 67 P., Hans Fastnacht-Jahn-Dortmund 66 P., Fritz Rosemann-Allg. Turnverein-Dortmund 66 P., Kaspar Högger-Jahn-Dortmund 65 P., Paul Eigenbrodt-Turnverein-Hörde 65 P., Ernst Henschel-Einigkeit-Holzen 64 P., Alex Arai-Allg. Turnverein-Unna 63 P., Wilhelm Dernbach-Allg. Turnverein-Dortmund 62 P., Karl Freischläger-Turnverein-Kamen 61 P., Mehmed Medschedddin-Eintracht-Dortmund 61 P., Wilhelm Becker-Tremonia-Dortmund 61 P., Karl Brauckmann-Turnverein-Berghofen 61 P., Gustav Alfringhaus-Westfalia-Lünen 60 P., Wilhelm Cramer-Einigkeit-Holzen 60 P., Karl Lundström-Turnverein-Derne 60 P., Albert Klocke-Turnverein-Hörde 60 P.

III. Oberstufe: Supe, Bernhard 120 P., August Grawe-Allg. Turnverein-Unna 109 P., Wilhelm Quandel-Turnverein-Berghofen 109 P., Karl Groth-Tremonia-Dortmund 108 P., Bernhard Bühner-Turnklub-Dortmund 106 P., Wilhelm Henning-Eintracht-Dortmund 105 P., Walter Klicks-Allg. Turnverein-Unna 104 P., Fritz Rotenberg-Tremonia-Dortmund 104 P., Fritz Stiepermann-Turnverein-Berghofen 104 P., Heinrich Gras-Turnverein-Eving 103 P., Alfred Schober-Tremonia-Dortmund 102 P., Karl Junius-Turnverein-Hörde 101 P., Hans Reich-Eintracht-Dortmund 101 P., Franz Göbel-Jahn-Dortmund 100 P., Josef Sestahenn-Eintracht-Dortmund 100 P., Gustav Witte-Gut Heil-Aplerbeck 100 P., Paul Brüggemann-Turnverein-Schwerte 99 P., Thomas Laß-Allg. Turnverein-Dortmund 99 P., Heinrich Zwiehoff-Einigkeit-Dortmund 99 P., Hans Krämer-Allg. Turnverein-Unna 97 P., Arnold Ballschmidt-Allg. Turnverein-Dortmund 96 P., Otto Jäschke-Turnklub-Dortmund 96 P., Wilh. Winniarz-Jahn-Dortmund 96 P., Wilh. Knörich-Eintracht-Dortmund 95 P., Max Lemke-Tremonia-Dortmund 95 P., Wilhelm Schmalz-Turnverein-Schwerte 95 P., Heinrich Höffer-Allg. Turnverein-Dortmund 93 P., Heinrich Schmidt-Eintracht-Dortmund 93 P., Adolf Schönherr-Eintracht-Lünen 93 P., Franz Brinkmann-Turnverein-Schüren 92 P., Franz Reinhold-Turnverein-Schüren 92 P., Franz Bauermann-Allg. Turnverein-Dortmund 91 P., Alfred Klicks-Allg. Turnverein-Unna 90 P., Eugen Langmeister-Turnverein-Hörde 90 P., Josef Bausch-Eintracht-Dortmund 88 P., Freudenthal-Turnklub-Dortmund 88 P., Adolf Röcker-Turnverein-Hörde 87 P., Fritz Nolte-Turnverein Hörde 87 P., Emil Hasselhoff-Turnverein-Berghofen 87 P., Heinrich Schürhoff-Turnverein-Eving 87 P., Walter Stoltefuß-Turnverein Schüren 86 P., Wilhelm Meier-Turnverein Hörde 86 P., Karl Denninghaus-Allg. Turnverein Unna 83 P.

IV. Sonderwettkämpfe: Hochsprung: 1. Preis Hübner-Allg. Turnverein-Dortmund; 2. Preis Behler-Eintracht-Dortmund; 3. Preis Supe-Allg. Turnverein-Dortmund. Ringen: 1. Preis Bernatowski-Allg. Turnverein-Dortmund; 2. Preis Grüner-Turnklub-Brackel. Staffellaufen der Jugendmannschaften: 1. Preis Turnverein-Eintracht-Dortmund 69 Sek.; 2. Preis Jahn-Dortmund 76 Sek.; 3. Preis Turnverein zu Kamen 79 Sek.; 4. Preis Turnverein-Hörde 81 Sek. Staffellaufen der älteren Jahrgänge: Turnklub-Brackel 68⅘ Sek.; Allg. Turnverein-Unna 68⅘ Sek.; Turnverein-Hörde 70⅕ Sek.; Einigkeit-Holzen 71 Sek.; Westfalia-Lünen 71 Sek.; Turnverein Kamen 74⅕ Sek.